

Hausbesitzer übergeben Unterschriften Protest gegen Straßenausbaubeiträge

Göttingen. Die Stadt Göttingen soll die Straßenausbaubeiträge abschaffen. Dieser Forderung hat der Vorsitzende der „Vereinigung der Haus- und Grundeigentümer in Göttingen“ mit der Übergabe von 1025 Unterschriften Nachdruck verliehen: Dieter Hildebrandt übergab zwei Aktenordner mit Protestnoten dem Ratsvorsitzenden Christian Henze (SPD).

In der September-Sitzung des Rates wurde die Forderung nicht weiter diskutiert. Derzeit sind in Göttingen insbesondere die Anwohner der Straßen Plesseweg und Am Eikborn betroffen. Die Forderung nach Abschaffung der Gebühren wird begründet mit der Kostenübertragung zum Großteil zu Lasten der Anwohner, obwohl sie nicht allein Nutzer der Straßen sind. Weiteres Argument: Die Aufgabe der Straßenerneuerung sei Aufgabe der Stadtverwaltung und aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu begleichen. Anlieger würden mit vier- bis sechststelligen Beiträgen unangemessen belastet, lautet die Kritik in Protestnoten-Vordrucken.

Die Stadtverwaltung hat erklärt, dass von sechststelligen Beiträgen nur große Wohnanlagen betroffen sind. Eigentümer von Siedlungshäusern haben dagegen mit vierstelligen Beträgen bei der Kostenbeteiligung zu rechnen. Die soziale Benachteiligung ist mit den Argumenten der Stadtverwaltung nicht gegeben: „Eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge käme nicht allen Bürgern gleichermaßen zugute, sondern bewirkt einzig eine Entlastung der Grundstückseigentümer.“

Landesweit gibt es Proteste gegen Straßenausbaubeiträge. Nach Angaben der Stadtverwaltung ist auf Landesebene eine Novellierung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) geplant. Deshalb nahm der Ratsvorsitzende die Anregung und Forderung zur Kenntnis, und die Ratsmitglieder beschlossen einstimmig: „Bevor über eine Abschaffung dieses Instrumentariums nachgedacht wird, soll die anstehende Rechtsänderung auf Landesebene abgewartet werden.“

Göttinger Tageblatt vom 17. September 2019